

Schultz, Birgit

Article

Hohe Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Schultz, Birgit (1998) : Hohe Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 4, Iss. 16, pp. 3-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142938>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hohe Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist nicht nur relativ hoch, sondern konzentriert sich auch auf eine vergleichsweise klar abgegrenzte Risikogruppe, die besonders lange arbeitslos ist.

Ein Indikator für die Arbeitslosigkeitsdauer ist die Langzeitarbeitslosenquote. Diese hat jedoch nur begrenzten Aussagegehalt, sofern sie – wie die amtliche Kennziffer – auf Querschnittsdaten beruht und daher systematischen Verzerrungen unterliegt. Durch eine Längsschnittbetrachtung lassen sich solche Verzerrungen vermeiden.

In der Längsschnittbetrachtung ist die Langzeitarbeitslosenquote zwischen 1991 und 1996 von 30 vH auf 44 vH angestiegen.

Oftmals wird die Arbeitslosigkeit nur kurzzeitig durch die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ABM, FuU) unterbrochen. Die Einbeziehung solcher Phasen in die Langzeitarbeitslosigkeit bewirkt nahezu eine Verdopplung der Langzeitarbeitslosenquote gegenüber dem Querschnittskonzept.

Faktisch bleibt ein großer Anteil der Arbeitslosen auf Dauer in einem Kreislauf zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefangen. Besonders betroffen sind davon gering Qualifizierte, ältere Arbeitslose und Frauen.

Betroffenheitsrisiko und Arbeitslosigkeitsdauer

Für die Bewertung der Arbeitslosigkeit ist neben dem Risiko, arbeitslos zu werden (Betroffenheitsrisiko), auch die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer von Bedeutung. Ein hohes Betroffenheitsrisiko ist als vergleichsweise harmlos einzustufen, wenn die entsprechende Arbeitslosigkeitsphase nur kurz andauert. Dies charakterisiert einen dynamischen Arbeitsmarkt und spricht für eine hohe Anpassungsfähigkeit an den strukturellen Wandel. Ein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf entsteht erst, wenn sich die Arbeitslosigkeit auf einen abgegrenzten Kreis von Betroffenen konzentriert, der die Last der Arbeitslosigkeit auf Dauer zu tragen hat. Dies kann sogar bereits bei einem relativ niedrigen Betroffenheitsrisiko der Fall sein. Der ungünstigste Fall ist durch die Kombination eines hohen Betroffenheitsrisikos mit hoher durchschnittlicher Arbeitslosigkeitsdauer gekennzeichnet.

zeichnet. Dies weist auf extreme Anpassungsprobleme im strukturellen Wandel hin.

Amtliche Langzeitarbeitslosenquote nur bedingt aussagefähig

Die amtlich ausgewiesene Langzeitarbeitslosenquote als gebräuchlichster Indikator für die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer unterliegt einer Reihe von Aussagebeschränkungen. Ausschlaggebend dafür ist die Art der Datenerhebung. Diese beruht auf der Querschnittsmethode, bei der zu einem bestimmten Stichtag die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit erfaßt wird. Die Langzeitarbeitslosenquote wird damit allerdings tendenziell unterschätzt, da die Arbeitslosigkeit zum Erfassungszeitpunkt in der Regel nicht abgeschlossen ist. Dadurch fehlt die Information, welche der bislang kurzen Perioden später der Langzeitarbeitslosigkeit zuzurechnen sind.¹

Versucht man, dieses Problem zu berücksichtigen, indem man die tatsächliche Arbeitslosigkeitsdauer in die Analyse der Querschnittsdaten einbezieht, wird die Langzeitarbeitslosenquote jedoch systematisch überschätzt.² So werden von allen in einem Zeitraum angefangenen Arbeitslosigkeitsphasen bei einer Querschnitterhebung überwiegend die längeren erfaßt, die kürzeren hingegen sind zu diesem Zeitpunkt häufig schon beendet und demzufolge im Querschnitt nicht enthalten.

Datenbasis: der Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt 1997

Mit den vorhandenen Querschnittsdaten ist es nicht möglich, die beschriebenen Verzerrungseffekte der Langzeitarbeitslosenquote auszuschalten. Hierzu sind vielmehr Daten notwendig, die individuelle Informationen über den Verlauf der Arbeitslosigkeit und die entsprechenden Übergänge in andere Erwerbszustände, insbesondere in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen enthalten. Diese Informationen sind bislang nur im Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt vorhanden. Für die anderen

¹ Vgl. KARR, W.: Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/97.

² Vgl. SCHASSE, U.: Betriebszugehörigkeitsdauer und Mobilität. Frankfurt, 1991, S. 99 f.

ostdeutschen Bundesländer gibt keine vergleichbar aussagefähige Datenbasis.³

An der repräsentativen Befragung des Arbeitsmarktmonitors haben sich 1997 über 7.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter aus Sachsen-Anhalt beteiligt. Anhand einer Retrospektivfrage wird der Erwerbsstatus (z.B. arbeitslos, erwerbstätig, ABM, FuU) von Januar 1990 bis September 1997 für jeden Monat ermittelt. Mit diesen Daten ist es möglich, die Vorgänge am Arbeitsmarkt in den wesentlichen Zügen nachzubilden. Obwohl im Arbeitsmarktmonitor eine Übererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit auftritt (vgl. Abbildung 1),⁴ dürften sich relative Veränderungen der Langzeitarbeitslosigkeit mit dieser Datenbasis hinreichend valide erfassen lassen. Da zudem die Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote nach den amtlichen Daten in Sachsen-Anhalt nur minimal über dem Durchschnitt in Ostdeutschland liegt, erscheint es gerechtfertigt, die daraus ableitbaren Ergebnisse auf Ostdeutschland insgesamt zu verallgemeinern.

Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu

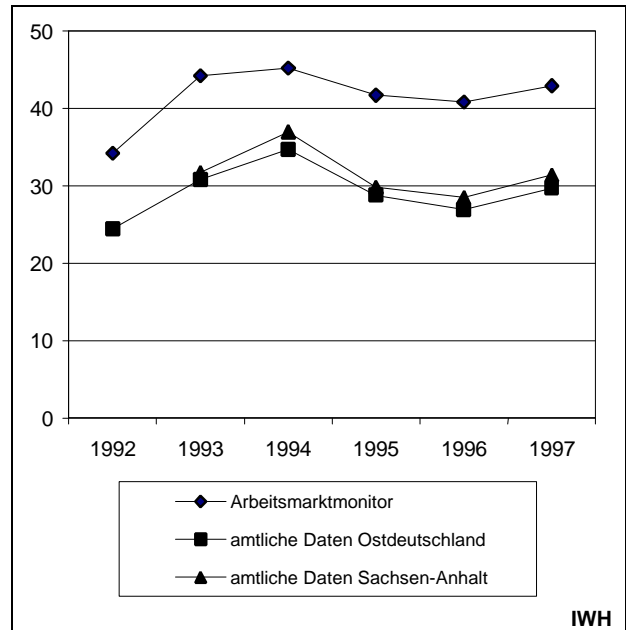
Ein geeigneter Längsschnittansatz zur Bestimmung der Langzeitarbeitslosenquote ist die Kaplan-Meier-Methode.⁵ Abbildung 2 enthält die nach

³ Eine weitere repräsentative Datenbasis für Ostdeutschland ist das Sozioökonomische Panel (SOEP). Allerdings gibt es in dieser Studie keine durchgängige Erfassung der ABM-Teilnahme. Daher entspricht diese Erhebung nicht den Datenerfordernissen in dieser Untersuchung.

⁴ In der amtlichen Statistik ist die Definition in der Regel enger gefaßt als im allgemeinen Sprachgebrauch. Z.B. zählt in der amtlichen Statistik die Arbeitslosigkeit als neu angefangen nach einer mehr als sechswöchigen Erkrankung während der Arbeitslosigkeit. Auch sehr kurze Beschäftigungsperioden schließen in der amtlichen Abgrenzung die Arbeitslosigkeit ab. In der Erinnerung der Befragten dürften solche Wechsel eher in Vergessenheit geraten. Das dürfte auch ein allgemeines Problem der Retrospektivfrage sein, die von den Befragten die genaue Erinnerung an die letzten 7 Jahre erfordert. Hier kann es zu Ungenauigkeiten kommen. Zu den Gründen vgl. auch SCHNEIDER, H.: Determinanten der Arbeitslosigkeitsdauer. Frankfurt 1990, S. 87 ff.

⁵ Ein besonderes Problem bei der Bestimmung der Arbeitslosigkeitsdauer besteht darin, daß ein bestimmter Teil der beobachteten Personen über den Beobachtungszeitraum hinaus arbeitslos ist. Diese sogenannten rechtzensierten Fälle von der Schätzung auszuschließen, führt zu einem unnötigen Datenverlust. Sie genauso zu behandeln wie abgeschlossene Arbeitslosigkeitsperioden hat eine systematische Unterschätzung der Arbeitslosigkeitsdauer zur Folge.

Abbildung 1:
Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote in der Querschnittsbetrachtung
- in vH -



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt 1997; Berechnungen des IWH.

diesem Prinzip ermittelten Langzeitarbeitslosenquoten für die Jahre 1991 bis 1996. Dabei sind alle Arbeitslosigkeitsverläufe, die in einem Jahr begonnen haben, einer Gruppe zugeordnet. Die Abgrenzung der Langzeitarbeitslosigkeit lehnt sich in dieser Untersuchung an die allgemein gebräuchliche Definition an. Wer 12 Monate und länger arbeitslos ist, gilt als langzeitarbeitslos.

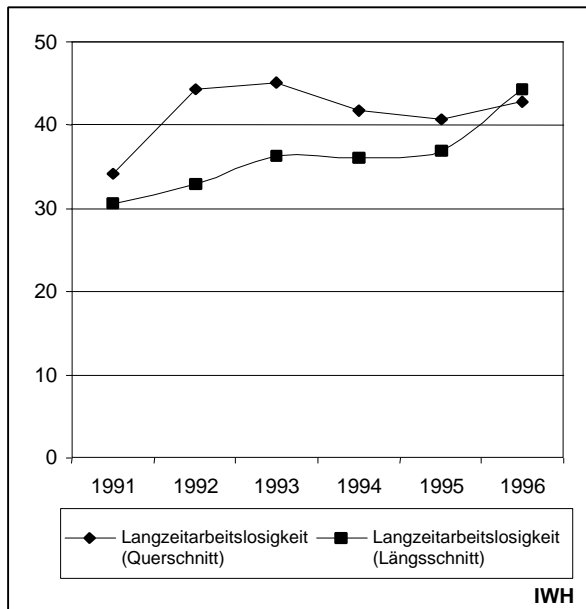
Die Langzeitarbeitslosenquote stieg von 1991 bis 1996 kontinuierlich um insgesamt 15 Prozentpunkte an (vgl. Abbildung 2). Der Ausgangswert lag 1991 bei 30 vH. Einen ersten deutlichen Anstieg auf 36 vH gab es 1993 und einen zweiten 1996 auf 44 vH. Während die Langzeitarbeitslosenquote nach dem Längsschnittkonzept für 1991 noch unter dem entsprechenden Wert nach dem Querschnittskonzept lag, hatte sie 1996 ein Niveau erreicht, das um etwa 3 Prozentpunkte über dem entsprechenden Querschnittswert lag. Die durchschnittliche Dauer⁶ der Arbeitslosigkeit lag 1991

Das Kaplan-Meier-Verfahren erlaubt eine adäquate Berücksichtigung rechtzensierter Beobachtungen auf der Basis einer Maximum-Likelihood-Schätzung. Vgl. dazu auch BLOSSFELD, H.-P.; ROHWER, G.: Techniques of Event History Modeling. Mahwah 1995.

⁶ Median-Wert.

bei sechs Monaten und stieg bis 1996 auf elf Monate an. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Verfestigung der Arbeitslosigkeit stark zugenommen hat.

Abbildung 2:
Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote in der Längs- und Querschnittsbetrachtung
- in vH -



Quelle: Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt 1997; Berechnungen des IWH.

Verdopplung der Langzeitarbeitslosenquote bei Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Niveau und Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit werden in der bisherigen Darstellung insofern verschleiert, als arbeitsmarktpolitische Instrumente wie ABM⁷ und FuU⁸ nicht berücksichtigt sind. Zwar wurde deren Einsatz zwischen 1991 und 1997 stark abgebaut,⁹ doch ist nach wie vor davon auszugehen, daß die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme einen Hauptgrund für die Beendigung der Arbeitslosigkeit darstellt. Da viele Maßnahmeteilnehmer anschließend in die Arbeitslosigkeit zurückkehren, ist es sinnvoll, arbeitsmarktpolitisch bedingte Unterbrechungsphasen

⁷ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen (alt: Maßnahmen nach § 249 h AFG).

⁸ Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (alt: Fortbildung und Umschulung).

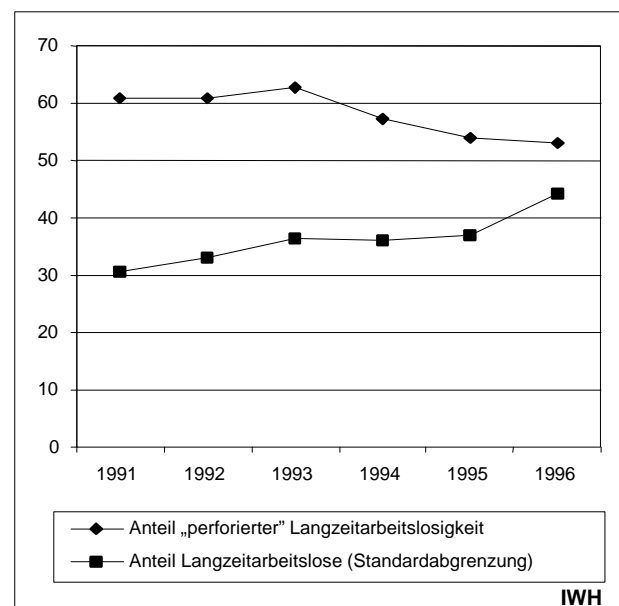
⁹ Teilnehmer an FuU und ABM in Ostdeutschland: 1992 809.000; 1993 605.000; 1994 521.000; 1995 555.000; 1996 508.000.

in die Berechnung der Langzeitarbeitslosenquote einzubeziehen und zu einer Gesamtperiode zusammen zu fassen. Die Betrachtung der zusammengelegten Arbeitslosigkeitsperioden zeigt, wie lange eine Person im weiteren Sinne arbeitslos ist. In der Literatur werden solche zusammengefaßten Arbeitslosigkeitsphasen auch als „perforierte“ Arbeitslosigkeit bezeichnet.¹⁰

Diese Methode gibt Ansatzpunkte zur Darstellung des Ausmaßes der tatsächlichen Verfestigung der Arbeitslosigkeit am Arbeitsmarkt. Jedoch ist der Ansatz problematisch, da er statisch ist und keine Antworten auf die Frage liefert, wie lange die Arbeitslosigkeit gedauert hätte ohne Einsatz der staatlichen Maßnahmen.

Berechnet man den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit auf Basis der „perforierten“ Arbeitslosigkeitsphasen, so zeigt sich das erwartete Bild. Der Indikator weist auf eine noch höhere Langzeitarbeitslosenquote als in der üblichen Abgrenzung der Arbeitslosigkeit hin. Anfang der 90er Jahre lag der Anteil der „perforierten“ Langzeitarbeitslosigkeit mit 60 vH sogar doppelt so hoch wie in der klassischen Abgrenzung (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3:
Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquoten nach dem Konzept der „perforierten“ Arbeitslosigkeit und der Standardabgrenzung (Längsschnittbetrachtung)
- in vH -



Quelle: Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt 1997; Berechnungen des IWH.

Danach ist der Anteil bis 1996 kontinuierlich auf bis 53 vH gesunken. Auch die durchschnittliche Dauer¹¹ der „perforierten“ Arbeitslosigkeit hat zwischen 1991 und 1996 von 23 Monaten auf 16 Monate abgenommen.

Wenngleich das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit nach diesen Indikatoren leicht gesunken ist, sind doch immer noch mehr als 50 vH der arbeitslos gewordenen Personen auch nach einem Jahr ohne reguläre Arbeit. Häufig bleiben diese Arbeitslosen im System der Arbeitslosenunterstützung und pendeln oft mehrmals zwischen Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

„Maßnahmekarrieren“ weiteres Indiz für starke Verfestigung der Arbeitslosigkeit

Im Zeitraum zwischen 1990 und 1997 wechselten nur gut die Hälfte der Arbeitslosen direkt in eine reguläre Beschäftigung (vgl. Tabelle). Für mehr als 40 vH endete die Arbeitslosigkeit durch die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Der Rest trat in die Rente oder eine andere Form der Nicht-Erwerbstätigkeit ein. 2/3 der Abgänger aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen waren anschließend wieder arbeitslos oder traten in die nächste Maßnahme ein. Lediglich 31 vH der FuU-Teilnehmer und 22 vH der ABM-Beschäftigten fanden in die Erwerbstätigkeit zurück.

Diese Strukturen verdeutlichen die Zirkularität der Arbeitslosigkeit und zeigen das Ausmaß der sogenannten „Maßnahmekarrieren“. Ein Drittel der gesamten Zu- und Abgänge in und aus Arbeitslosigkeit ergibt sich allein durch das Pendeln zwischen Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.¹² Nähere Untersuchungen der „Maßnahmekarrieren“ ergeben, daß 70 vH der Langzeitarbeitslosen mindestens einmal an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen haben. Im Durchschnitt¹³ hat dieser Personenkreis

in der Zeit von 1990 bis 1997 24 Monate in Maßnahmen zugebracht, ein Viertel der Langzeitarbeitslosen sogar mehr als 53 Monate.

Tabelle:
Übergänge von Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in andere Erwerbszustände

in von	Arbeits- losigkeit	FuU	ABM	Erwerbs- tätigkeit	Nicht- erwerbs- tätigkeit
Arbeits- losigkeit	-	25,1	17,2	51,6	6,1
FuU	60,8	-	5,7	31,3	2,2
ABM	64,9	7,9	-	22,4	4,8

Quelle: Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt 1997; Berechnungen des IWH.

Gering Qualifizierte, Frauen und Ältere sind besonders lange von Arbeitslosigkeit betroffen

Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird von verschiedenen Einflußfaktoren determiniert. Dazu gehören neben der Struktur der Arbeitsnachfrage auch die persönlichen Merkmale der Arbeitslosen. Diese sind hauptsächlich mit dem Alter, dem Geschlecht und der Art der Qualifikation verknüpft.¹⁴

Für eine multivariate Analyse stehen im Arbeitsmarktmonitor die genannten sozio-demographischen Merkmale sowie eine Reihe von Arbeitsmarktindikatoren zur Verfügung. Erstere sind direkt erfaßt, letztere lassen sich indirekt über den zeitlichen Anfang der Arbeitslosigkeit modellieren.

Die Schätzung der Einflußfaktoren auf die Dauer der Arbeitslosigkeit bis zum Übergang in Erwerbstätigkeit läßt sich mit Hilfe einer Cox-Proportional-Hazards-Regression durchführen.¹⁵ Die Ergebnisse beziehen sich auf die Dauer der „perforierten“ Arbeitslosigkeit.

¹⁰ Vgl. BÜCHEL, F.: Die Qualität der Wiederbeschäftigung nach ununterbrochener und nach „perforierter“ Langzeitarbeitslosigkeit. Nürnberg 1992.

¹¹ Median-Wert.

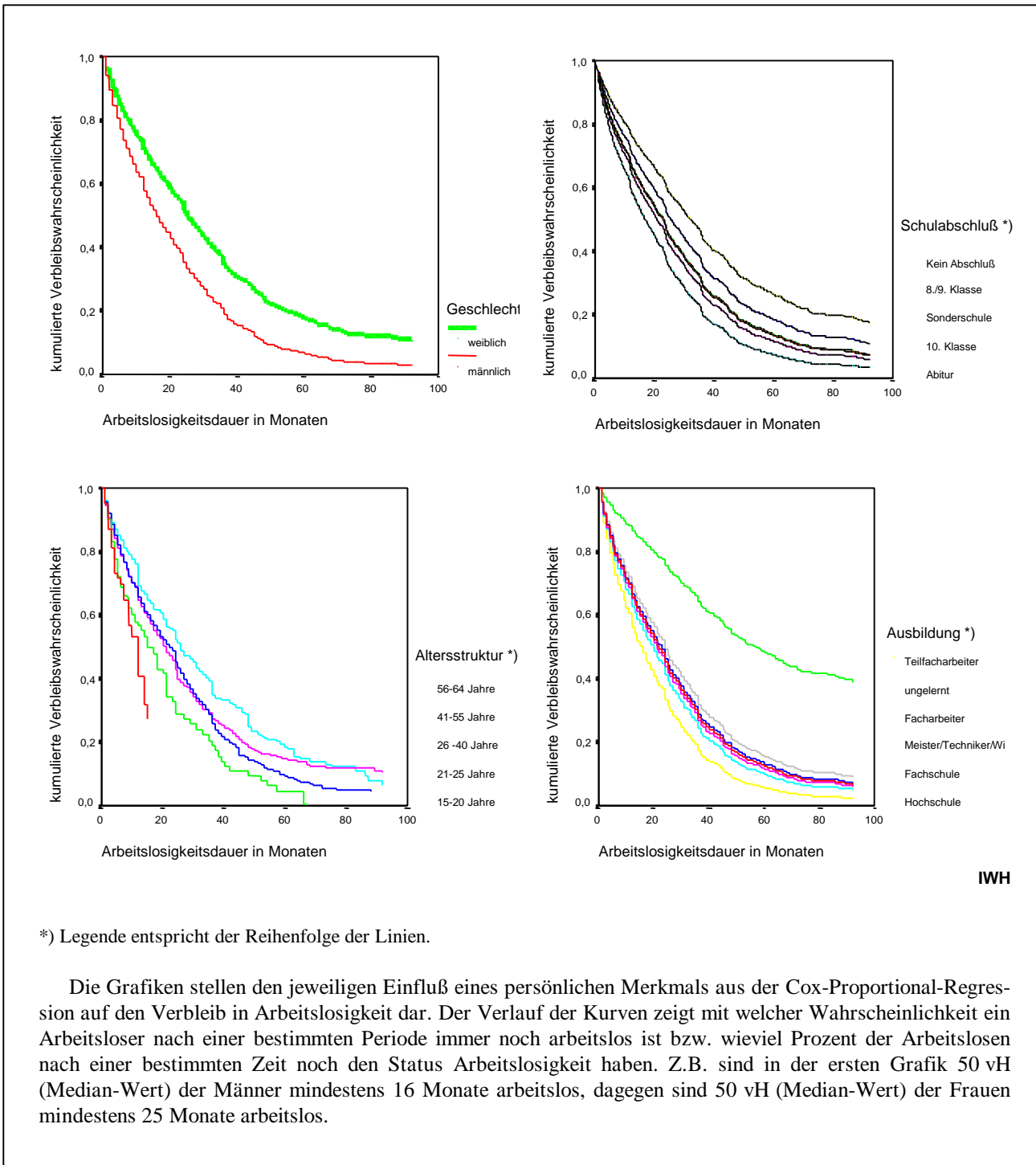
¹² Es konnten 2.524 Zu- und Abgänge in und aus Arbeitslosigkeit in bezug auf die Teilnahme an ABM und FuU gezählt werden. 4.412 Zu- und Abgänge gab es bezüglich der Erwerbstätigkeit.

¹³ Median-Wert.

¹⁴ Z.B. MÜHLEISEN, M.: Human Capital Decay and Persistence: a simulation approach to German unemployment. Frankfurt 1994. – SCHNEIDER, H.: Determinanten der Arbeitslosigkeitsdauer. Frankfurt 1990. – STEINER, V.: Extended Benefit-Entitlement Periods and the Duration of Unemployment in West Germany. Discussion Paper des ZEW 97-14. Mannheim 1997.

¹⁵ Dieser Ansatz entspricht einer multivariaten Erweiterung des Kaplan-Meier-Verfahrens. Vgl. SCHNEIDER, H.: Verweildaueranalyse mit GAUSS. Frankfurt, 1991, S. 136 f. – GREENE, W.: Limdep. User's Manual. New York 1995, S. 709 ff.

Abbildung 4:
Ausgewählte Einflußfaktoren auf die Dauer der „perforierten“ Arbeitslosigkeit



Als die wichtigsten Einflußfaktoren kristallisieren sich weniger Indikatoren der Arbeitsnachfrage als vielmehr persönliche Merkmale der Arbeitslosen heraus (vgl. Abbildung 4). So bewirkt eine geringe schulische und berufliche Qualifikation eine be-

sonders lange Arbeitslosigkeit. Dagegen finden gut ausgebildete Arbeitslose schnell eine Erwerbsarbeit.

Erwartungsgemäß ist auch der deutliche Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Arbeitslosen. So ist die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu bleiben bei Frauen deutlich höher als bei Männern.

Auch die Alterseffekte bestätigen gängige empirische Erfahrungen.¹⁶ So haben jüngere Arbeitslose eine geringere Verweildauer in Arbeitslosigkeit als ältere. Eine Ausnahme bilden die 56 bis 64-jährigen, die nach mehr als sechs Jahren Verweildauer in Arbeitslosigkeit durch den Übergang in Rente bzw. Vorruhestand (Nichterwerbstätigkeit) eine höhere Abgangsrate als die anderen Altersgruppen haben.

Struktureffekte werden grob über Dummyvariablen nachgebildet, die jeweils das Anfangsjahr der Arbeitslosigkeit indizieren. Auch diese Effekte sind signifikant, wobei die Größenordnung der Effekte auf einen allmählichen Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer über die Zeit verweist. Andere Faktoren wie der Familienstand, die Anzahl oder das Alter der Kinder, der Arbeitsamtsbezirk der Arbeitslosen oder die regionale durchschnittliche Arbeitslosenquote haben dagegen nach den vorliegenden Schätzergebnissen keinen

signifikanten Einfluß auf die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit.

Frage nach Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen noch unbeantwortet

Die hohe Langzeitarbeitslosenquote in Ostdeutschland weist auf eine starke Verfestigung der Arbeitslosigkeit hin. Die Ergebnisse dürfen jedoch nicht im Sinne einer negativen Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen mißverstanden werden. Dazu ist vielmehr die Frage zu klären, wie lange eine Arbeitslosigkeitsphase ohne die Teilnahme an einer solchen Maßnahme gedauert hätte. Diesbezügliche Untersuchungen erfordern spezielle Methoden, die bislang aber noch keine eindeutigen Schlußfolgerungen zulassen.¹⁷ Daher sind weiterführende Untersuchungen notwendig.

Birgit Schultz
(*bsc@iwh.uni-halle.de*)

Europäische Geldpolitik: Auf Stabilitätskurs

In wenigen Tagen übernimmt die im Juni dieses Jahres gegründete Europäische Zentralbank die geldpolitischen Zügel für den Euroraum. Die Startbedingungen für die Europäische Zentralbank (EZB) sind günstig. Nicht nur haben die Euro-Währungen bereits während der Zuspitzung der Krisen in Asien und in Rußland im Sommerhalbjahr ihre Robustheit bewiesen, sondern es ist auch keine nennenswerte Inflationsbeschleunigung zu erwarten. Mit dem koordinierten Zinssenkungsschritt Anfang Dezember haben die Zentralbanken der elf EWU-Länder die erforderliche Konvergenz der kurzfristigen Zinsen weitgehend hergestellt und der durch die Asienkrise ausgelösten Eintrübung des konjunkturellen Klimas Rechnung getragen. Für 1999 läßt sich aus heutiger Sicht kein geldpolitischer Handlungsbedarf ableiten.

Die Mitte Oktober verkündete geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank beinhaltet neben einem expliziten Referenzwert für das Geldmengenwachstum auch ein explizites Infla-

tionsziel, und die EZB wird sich bei der Beurteilung der monetären Lage an einer Vielzahl von Indikatoren orientieren. Mit diesem Ansatz wird sie der Komplexität der geldpolitischen Steuerung und des Zusammenspiels von monetärer und realer Sphäre gerecht. Eine hohe Transparenz der geldpolitischen Entscheidungen ist dabei mit Blick sowohl auf die Finanzmarktteilnehmer als auch auf die Tarifpartner erstrebenswert.

Sofern Lohnzurückhaltung geübt wird und die EZB die Spielräume eines inflationsfreien Wachstums bei der Ausgestaltung der Geldpolitik berücksichtigt, existiert im Euroraum ein Wachstumspotential, das einen längerwährenden und

¹⁶ Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft: Langzeitarbeitslosigkeit. Bonn, 1996, S. 6 f.

¹⁷ Vgl. EICHLER, M.; LECHNER, M.: An Evaluation of Public Employment Programmes in the East German State of Sachsen-Anhalt. Discussion Paper no. 9815, Volkswirtschaftliche Abteilung, Universität St. Gallen 1998. – Vgl. KRAUS, F.; PUHANI, P.; STEINER, V.: Do Public Works Programs Work? Some Unpleasant Results from the East German Experience. Discussion Paper no. 98-07. Mannheim 1997. und HÜBLER, O.: Evaluation beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216/1. Stuttgart 1997.